



Wollen Sie mehr wissen?

Ihre Ansprechpartner

Dr. Michael Schäfers (V.i.S.d.P.) | michael.schaefers@kab.de

Wilfried Wienen | wilfried.wienen@kab.de

Kontakt:

Katholische Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands e.V.

Bernhard-Letterhaus-Str. 26

D-50670 Köln

Tel.: +49 (0) 22177220

Fax: +49 (0) 2217722116

www.kab.de

Hier können Sie auch diesen Flyer bestellen, ebenso einen gesonderten Flyer zum Thema „TTIP“!



www.kab.de



Was können Sie tun?

Bereits im April 2014 ist die KAB Deutschlands dem Bündnis „TTIP- Unfairhandelbar“ beigetreten. Zudem gehörte die KAB Deutschlands als katholische Organisation zum Trägerkreis der großen Anti-TTIP&CETA-Demonstration am 10. Oktober 2015 in Berlin, an der über 250.000 Menschen teilgenommen haben. Auf der Aktionswebsite www.ttip-unfairhandelbar.de finden Sie immer aktuelle Informationen, u.a. auch zu zentralen Aktionen im Jahr 2016.

Die KAB gehört weiterhin dem Aktionsbündnis „STOP TTIP“ an: Eine offizielle europäische Bürgerinitiative gegen TTIP wurde von der EU-Kommission nicht zugelassen. Dennoch sind bis Anfang 2015 im Rahmen einer selbstorganisierten europäischen Bürgerinitiative bereits 3,3 Millionen Unterschriften gegen TTIP&CETA gesammelt worden. Weitere Informationen und die Möglichkeit zur Unterschrift finden Sie auf www.stop-ttip.org/de.

Bürgerantrag: Durch CETA und TTIP besteht die Gefahr, dass künftig die Handlungsautonomie der Kommunen eingeschränkt wird, z.B. in den Bereichen Wasserversorgung, Nahverkehr, Kultur und Bildung. Mit dem Instrument „Bürgerantrag“ können Städte und Gemeinden aufgefordert werden, sich gegen die geplanten Abkommen auszusprechen. Informieren Sie sich darüber, wo Bündnisse vor Ort bereits existieren und arbeiten Sie dort mit! Wo es keine gibt, gründen Sie welche!

Bildungsveranstaltungen und öffentliche Diskussionen sind ein geeignetes Mittel um über CETA&TTIP zu informieren!

Animations-Video: Ein Video, in dem CETA leicht verständlich erklärt wird, finden Sie auf: www.kab.de/ceta

Weitere Informationen und Materialien zu CETA&TTIP finden Sie auf: www.kab.de

Verteilen Sie diesen Flyer!

STOP



CETA abwählen!

Im Laufe des Jahres 2016 soll CETA vom Europäischen Parlament und den europäischen Regierungschefs (Europäischer Rat) ratifiziert werden. Danach geht der Vertragstext in die nationalen Parlamente, also auch in den Deutschen Bundestag und voraussichtlich den Bundesrat. Allerdings hat die EU-Handelskommissarin Malmström schon angekündigt, CETA nach der Abstimmung auf europäischer Ebene schon zur vorläufigen Anwendung kommen zu lassen.

Im Jahre 2016 finden sieben Landtags- und Kommunalwahlen statt, die auch für CETA relevant sind: Im März 2016 gibt es Wahlen in Hessen, Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt und Rheinland-Pfalz, im September 2016 in Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Berlin.

Fordern Sie ihre Kandidaten auf, sich eindeutig gegen CETA, TTIP und TISA zu positionieren!



PROTEST
2016



2009

Verhandlungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit

2013

erste offizielle Bekanntmachung Vertragsgrundlagen gesetzt

2014

Auf Druck Veröffentlichung des Vertragswerkes

2016

Ratifizierung geplant











Die KAB ist für einen gerechten Welthandel

Handel sollte es ökologisch und kulturell unterschiedlichen Regionen weltweit ermöglichen, ihre Produkte, ihr Können und ihre Kreativität gerecht miteinander zu teilen. Daher ist eine neue Vision für die Handelspolitik nötig. Sie muss auf einem neuen System von Prinzipien beruhen und die internationalen Verpflichtungen sowie die gesetzlichen Auflagen berücksichtigen, sei es in

Hinblick auf Demokratie, Kooperation, öffentliche Teilhabe, Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit, Gleichberechtigung der Geschlechter oder Nachhaltigkeit. Siehe weitere Informationen: www.kab.de, Stichwort „Alternatives Handelsmandat“.

CETA und TTIP grenzen die Länder des globalen Südens aus, statt zur Lösung globaler Probleme wie Hunger, Klimawandel und Verteilungsgerechtigkeit beizutragen.

Die KAB tritt daher für internationale Abkommen ein, die ...

-  ... Umwelt-, Sozial-, Daten- und Verbraucherschutzstandards erhöhen – statt sie zu senken oder auszuhebeln;
-  ... Arbeitsstandards wie die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) festschreiben – statt sie auszuhöhlen;
-  ... öffentliche und gemeinnützige Dienstleistungen und Daseinsvorsorge stärken – statt sie zu schwächen;
-  ... kulturelle Vielfalt und öffentliche Bildungsangebote fördern – statt sie als Handelshemmnis zu betrachten;
-  ... bäuerliche und nachhaltige Landwirtschaft sowie artgerechte Tierhaltung voranbringen – statt Gentechnik und industrielle Landwirtschaft zu fördern;
-  ... die Macht von Konzernen und Finanzmarkt-Akteuren begrenzen – statt sie zu vergrößern;
-  ... global ausgerichtet sind – statt die Mehrheit der Menschen auszugrenzen;
-  ... transparent und offen verhandelt werden – statt geheim und in Hinterzimmern.

CETA+TTIP Worum geht es?

Die Abkürzung CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement) steht für ein umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen, das zwischen der Europäischen Union und Kanada geschlossen werden soll. Es geht um ein weitreichendes Freihandelsabkommen, das als Testfall für TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership), das sogenannte transatlantische Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU gilt. CETA soll im Jahr 2016 als erstes der neuen Generation von Freihandelsabkommen ratifiziert werden. CETA wird völkerrechtlich bindend sein und gilt als „Vorposten“ und „Blaupause“ für TTIP.

CETA ermöglicht es auch nicht-kanadischen Unternehmen von ihren kanadischen Niederlassungen aus europäische Staaten auf hohe Schadensersatzzahlungen zu verklagen. Wenn CETA unterzeichnet ist, werden TTIP und TISA nur noch eine untergeordnete Rolle spielen. TISA (Trade in Services Agreement) ist das geplante Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen.

Deshalb wollen wir CETA stoppen!

Was geschah bisher?

Ab dem 10. Juni 2009 wurde CETA unter Ausschluss der Öffentlichkeit verhandelt. Dennoch wurden zwischenzeitlich Dokumente bekannt bzw. „geleakt“ und u.a. durch die „tagesschau“ im Internet zugänglich gemacht. Am 18. Oktober 2013 gaben Kanada und die EU bekannt, sich in den grundlegenden Vertragspunkten geeinigt zu haben. Zum Verhandlungsabschluss wurde - nicht zuletzt auf massiven Druck der Öffentlichkeit - am 26. September 2014 das konsolidierte Vertragswerk von der EU-Kommission veröffentlicht. Mit Anhängen umfasst der Vertrag über 1.600 Seiten.

Was sind die Ziele von CETA?

Durch das Freihandelsabkommen CETA soll der Handel zwischen Kanada und der EU zum Nutzen aller – so die Behauptung – liberalisiert und vereinfacht werden. Es geht um den Abbau von Handelshemmnissen: Zölle zwischen Kanada und der EU sollen entfallen. Ebenso Normen und Vorschriften (nichttarifäre Handelshemmnisse) angeglichen und gegenseitig anerkannt werden. Hier spielt insbesondere der Handel mit landwirtschaftlichen Produkten eine besondere Rolle. Zudem soll der Investorenschutz geregelt werden. Im Konfliktfall besteht die Möglichkeit Schiedsgerichte bei Streitigkeiten anzurufen, die mit nicht-staatlichen Richtern besetzt sind und bindende Entscheidungen treffen können.

CETA+TTIP

... gefährden Demokratie und Rechtsstaat:
Ausländische Konzerne können künftig Staaten vor Schiedsgerichten auf hohe Schadensersatzzahlungen verklagen, wenn sie Gesetze verabschieden, die ihre Gewinnerwartungen schmälern. Daran ändert auch ein öffentlicher Handelsgerichtshof nichts, wie er von EU-Kommission und Bundeswirtschaftsministerium vorgeschlagen wird. Es bleibt bei einer Paralleljustiz für Investoren.

... sind als sogenannte „lebende Abkommen“ konzipiert:

In einem „Regulierungsforum“ sollen Gesetzesvorhaben daraufhin geprüft werden, ob sie Handelsinteressen beeinträchtigen können. Entscheidend ist auch, dass zukünftig keine Verbesserungen der Standards ohne Weiteres möglich sein werden. Bereits die Aussicht auf Klagen von großen Unternehmen lässt Regierungen vor Gesetzgebungsinitiativen abschrecken, die in Konflikt mit den Interessen transnationaler Konzerne geraten könnten.

CETA

greift als ein Abkommen neueren Typs wesentlich tiefer in Gesetzgebungsprozesse und demokratische Gestaltungsräume ein, als bisherige Handelsverträge das tun. Freihandelsabkommen, wie CETA und TTIP, bringen die Arbeits-, Sozial-, Produkt- und Umweltschutzstandards sowie die Demokratie in Gefahr.

... höhlen die Arbeitnehmerrechte aus:
CETA bezieht sich zwar auf die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), aber Kanada hat nur sechs von acht Arbeitsnormen ratifiziert, die USA nur zwei. CETA enthält keine Klausel, die die Achtung der Menschenrechte verlangt. Während es beim Investorenschutz zwischenstaatliche Streitschlichtungsverfahren geben soll, ist ein solcher Weg bei Menschenrechtsverletzungen nicht vorgesehen.

... öffnen der Privatisierung Tür und Tor:
Öffentliche Dienstleistungen, wie z.B. Wasserversorgung, Kultur und Bildung, sind bei CETA nicht grundsätzlich von einer Liberalisierung ausgenommen. Über sogenannte Negativlisten werden nur Ausnahmen genannt. Außerdem stellt CETA ökologische und soziale Vergabekriterien bei der öffentlichen Beschaffung infrage.

... bringen unsere Gesundheit in Gefahr:

Das in der EU verankerte Vorsorgeprinzip wird durch CETA durch ein Nachsorgeprinzip ersetzt. Gefährliche Lebensmittel, Produkte und Technologien können erst aus dem Verkehr gezogen werden, wenn ihre Schädlichkeit nachgewiesen ist.

Standpunkt Papst Franziskus

„Der neue Kolonialismus nimmt verschiedene Gestalten an. Manchmal ist es die anonyme Macht des Götzen Geld: Körperschaften, Kreditvermittler, einige sogenannte 'Freihandelsabkommen' und die Auferlegung von 'Sparmaßnahmen', die immer den Gürtel der Arbeiter und der Armen enger schnallen. Die lateinamerikanischen Bischöfe prangern das im Dokument von Aparecida in aller Deutlichkeit an, wenn sie sagen: 'Finanzinstitutionen und transnationale Konzerne entwickeln eine solche Macht, dass sie sich die jeweilige lokale Wirtschaft untertan machen, vor allem aber die Staaten schwächen, die kaum noch die Macht haben, Entwicklungsprojekte zugunsten ihrer Bevölkerungen voranzubringen.'“

Aus der Ansprache von Papst Franziskus beim Welttreffen der Volksbewegungen, Santa Cruz de la Sierra, Bolivien, am 9. Juli 2015. (Foto: Claude Truong-Ngoc | Papst Franziskus vor dem EU Parlament)

